

Presse-Information Nr. 040/2016

**Presse und
Öffentlichkeitsarbeit**

**Arbeitgeberpräsident Kramer: Bei Rente fairer Ausgleich zwischen
Jung und Alt notwendig**

presse@arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800
F +49 30 2033-1805

Berlin, 06. September 2016. Zu den rentenpolitischen Forderungen der Gewerkschaften erklärt Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer:

In der Rentenversicherung muss es weiter einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt geben. An den richtigen rentenpolitischen Grundsatzentscheidungen zum Rentenniveau, zum Beitragssatz und zur Altersgrenze muss festgehalten werden. Sie dürfen mit Blick auf die Generationengerechtigkeit nicht in Frage gestellt werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Gewerkschaften die Kosten der Alterung noch stärker auf den Schultern der jungen Generation abladen wollen. Nicht die Rentner, sondern die Beitragszahler werden ohnehin nach den geltenden Regelungen durch kräftig steigende Beiträge die Hauptlast des demografischen Wandels tragen müssen.

Die Gewerkschaften schüren unnötig Ängste, die rentenpolitische Wirklichkeit wird völlig falsch dargestellt. Auch in Zukunft wird Abhängigkeit von Grundsicherung im Alter die absolute Ausnahme sein. Den behaupteten Sturzflug der Renten wird es nicht geben. Die Bundesregierung geht in ihrem Rentenbericht davon aus, dass die Renten künftig um durchschnittlich mehr als zwei Prozent steigen.

Weitere Mehrausgaben sind nicht finanzierbar. Schon das Rentenpaket aus Rente mit 63 und Mütterrente belastet die Kassen mit fast zehn Milliarden Euro pro Jahr.

Statt einer Retro-Rentenpolitik, brauchen wir eine weitere Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge sowie eine Fortentwicklung der Riesterrente.

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

www.arbeitgeber.de